Antrag

der Abg. Udo Stein u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

**Durch Verwaltungsgericht Stuttgart dauerhaft stillgelegte
Windindustrieanlage Nr. 6 in der Windindustriezone
Braunsbach-Orlach (Hohenlohe) verursacht hohe Verluste
und führt zur Schieflage im Jahresabschluss 2017 der
zum EnBW-Konzernkreis gehörenden Betriebsgesellschaft
„EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG“**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob die im Jahresabschluss der zum Konzernkreis der mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand stehenden EnBW AG gehörenden Windkraft-Betriebsgesellschaft EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG ersichtliche Überbewertung beim Sachanlagevermögen (zu hoher Buchwert der Anlage Nr. 6) und bei den Rückstellungen (zu geringe Wertansätze) im Zusammenhang zu sehen ist mit den mehrfach in der Wirtschaftspresse und in den Quartalsberichten der EnBW AG in letzter Zeit veröffentlichten Informationen, wonach die Ergebnisse im Segment „Windkraft“ unerwartet und im Vergleich zu den Prognosen deutlich schlechter ausgefallen sind, wodurch man im Wege einer kreativen Jahresabschlussstellung geneigt gewesen sein könnte, bei den in den Konsolidierungskreis einbezogenen Windkraft-Betriebsgesellschaften positivere Jahresergebnisse auszuweisen, als es den tatsächlichen Verhältnissen entsprochen hätte;
2. weshalb der im Bundesanzeiger veröffentlichte Jahresabschluss 2017 der Windkraft-Betriebsgesellschaft ohne Bestätigungsvermerk eines Abschlussprüfers veröffentlicht wurde, obwohl aus dem veröffentlichten Jahresabschluss hervorgeht, dass eine Rückstellung für Jahresabschlusskosten gebildet wurde und ob eine Prüfung des Jahresabschlusses 2017 durchgeführt wurde sowie warum keine Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2016 im Bundesanzeiger erfolgt ist;

3. warum keine außerplanmäßige, den bis zum Bilanzstichtag eingetretenen Wertverlust darstellende Abschreibung spätestens in dem am Anfang des Jahres 2018 erstellten Jahresabschluss 2017 auf die bei den Sachanlagen bilanzierte und nach Gerichtsurteilen vom 15. März 2017 (Verwaltungsgericht Stuttgart) und vom 22. Dezember 2017 (Verwaltungsgerichtshof [VGH] Baden-Württemberg) seit ihrer Fertigstellung zu Beginn des Jahres 2017 stillgelegte Windindustrieanlage Nr. 6 erfolgte, obwohl allen am Verfahren Beteiligten schon vor dem Genehmigungsverfahren beim Landratsamt Schwäbisch Hall laut Presseberichten bekannt war, dass hinsichtlich der Baupläne zu Anlage Nr. 6 durch die seit dem Jahr 2012 bekannte Existenz eines in der Nähe nachgewiesenen Rotmilan-Dichtezentrums ein hartes Genehmigungshindernis bestand, wonach mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen war, dass bei Windkraft-Betrieb ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für die dort brütende Rotmilan-Population besteht;
4. wer Eigentümer bzw. Verpächter des Grund und Bodens ist, auf dem die sechs Windindustrieanlagen der Windindustriezone Braunsbach-Orlach stehen und wie hoch die seit welchem Zeitpunkt vereinbarten und bezahlten Pächterlöse für den Fall sind, dass der Grund und Boden im kommunalen Eigentum der Gemeinde Braunsbach oder im Landeseigentum steht;
5. ob die vereinbarten Pachtzahlungen ab Einrichtung der Windkraft-Baustelle durchgehend – wie normalerweise üblich – oder erst zu einem späteren Zeitpunkt gezahlt werden und ob die Pachtzahlungen auch die Pacht in voller Höhe umfassen, die auf den verpachteten Standort der seit Fertigstellung zu Anfang des Jahres 2017 stillgelegten und Verluste produzierenden Anlage Nr. 6 entfallen;
6. wer die Kosten der Zuwegung und weiterer Infrastrukturmaßnahmen getragen hat wie beispielsweise die Befestigung und Verbreiterung bereits vorhandener Wege und Straßen oder deren Neubau, vor dem Hintergrund, dass im veröffentlichten Jahresabschluss 2017 der Windkraft-Betriebsgesellschaft unter der Bilanzposition Anlagevermögen/Sachanlagen nur das bewegliche Anlagevermögen bilanziert wurde, während für das unbewegliche Sachanlagevermögen eine Bilanzposition „Bauten auf fremden Grundstücken“ beispielsweise für Wege und für die anderen gebauten Infrastrukturmaßnahmen fehlt und wer die Kosten des Rückbaus der Infrastrukturmaßnahmen und der Renaturierung vertraglich zu tragen hat;
7. von welchen Gesamtkosten in welcher Höhe zu heutigen Wertverhältnissen für den gemäß § 35 Absatz 5 Satz 2 Bundesbaugesetzbuch (BBauG) bei stillgelegten Anlagen durchzuführenden Rückbau der sechs Windindustrieanlagen (Turm, Gondel, Rotorblätter, Generator, Maschinenstand, vollständiges Fundament) sowie für den Rückbau der Infrastrukturmaßnahmen laut Genehmigungsbescheid ausgegangen wurde;
8. wie hoch der entsprechend der Beteiligung am Kapital der Windkraft-Betriebsgesellschaft durchgerechnete Kostenanteil in welcher Höhe der Gemeinde Braunsbach (Kommanditistin) und der möglicherweise schon gegründeten Bürgergenossenschaft an den gesamten Rückbaukosten in welcher Höhe ist, aufgeteilt in die Rückbaukosten der sechs Anlagen und in die Rückbaukosten für die Infrastruktur;
9. weshalb im veröffentlichten Jahresabschluss 2017 auf der Passivseite der Bilanz unter „A. Eigenkapital/I. Gezeichnetes Kapital 1. Kapitalanteile Komplementär“ sowohl in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 als auch in der Bilanz zum 31. Dezember 2017 jeweils Null-Positionen ausgewiesen sind und auf der Aktivseite der Bilanz weder im Vorjahr noch in diesem Jahr eine Forderung gegenüber dem Komplementär aufgrund einer Einzahlungsverpflichtung für die noch nicht geleistete Einlage ausgewiesen wird;

10. wie lange der Zeitraum gemäß gesetzlicher Vorschriften längstens sein darf zwischen einer – wie in diesem Fall – gemäß Gerichtsurteilen bereits am 15. März 2017 gefällten und am 22. Dezember 2017 nochmals gerichtlich bestätigten Stillstandsverfügung und dem Vollzug des gemäß § 35 Absatz 5 Satz 2 BBauG durchzuführenden Rückbaus;
11. ob sie Kenntnisse darüber besitzt, dass der baden-württembergische NABU-Landesvorsitzende J. E. seine in der Stuttgarter Zeitung vom 15. Januar 2018 („Im Brutgebiet gebaut – Nagelneuem Windrad droht der Abriss“) enthaltene Ankündigung wahrgemacht hat, wonach der NABU wegen Untätigkeit klagen wolle („Wenn das Regierungspräsidium nicht innerhalb vier Wochen handelt, werden wir wegen Untätigkeit klagen.“);
12. wie sie die hier enthaltenen Feststellungen zur Überbewertung der Sachanlagen und der Passivposten (Rückstellungen) vor dem Hintergrund des § 256 Absatz 5 Aktiengesetz (AktG; Nichtigkeit des Jahresabschlusses) i. V. m. §§ 253 Handelsgesetzbuch (HGB) ff. – auch vor dem Hintergrund der Einbeziehung in den Konzernabschluss der EnBW AG – beurteilt;
13. wer Komplementär und wer Kommanditist der EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG mit welchem prozentualen und Nennwert-Anteilen am Komplementär- und Kommanditkapital ist;
14. wie der Stand hinsichtlich einer gemäß Presseberichten nach Aussagen des Bürgermeister von Braunsbach schon seit Längerem geplanten Bürgerenergie-Genossenschaft ist, an der sich Bürger von Braunsbach und Umgebung durch Zeichnung von Genossenschaftsanteilen am Windkraft-Betrieb in Braunsbach-Orlach beteiligen können bzw. bereits beteiligt haben;
15. ob sie dem immer größer werdenden und wiederholt vorgebrachten Verlangen von Naturschützern vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren bei Genehmigung und Bau der Windindustriezone Braunsbach-Orlach vorgekommenen, durch dreifachen Gerichtsbeschluss bestätigten und vom Vorhabensträger ZEAG Energie AG, dem Landratsamt Schwäbisch Hall und vom Regierungspräsidium Stuttgart zu verantwortenden Bruch zwingend einzuhalten-der Naturschutzbestimmungen nunmehr nachkommt, in derartigen Fällen ein zu einem Baustopp führendes Moratorium zu verhängen, wonach in der fraglichen Windindustriezone ab dem Zeitpunkt des festgestellten Verstoßes von Naturschutzbestimmungen mindestens fünf Jahre lang keine Windkraftbauten genehmigt werden, um sicherzustellen, dass die für den Bruch von Naturschutzgesetzen verantwortlichen Windkraft-Vorhabensträger nicht auch noch von den Gesetzesbrüchen profitieren.

28.05.2019

Stein, Baron, Voigtmann, Dr. Baum,
Berg, Dürr, Dr. Merz, Wolle AfD

Begründung

I. Vorbemerkungen

Zu diesem Sachverhalt wurde von Landtagsabgeordneten der AfD bereits unter dem Datum vom 25. April 2019 ein Antrag gestellt; vgl. Drucksache 16/6149. Die nachfolgenden Feststellungen sind sowohl für die Windkraft-Betriebsgesellschaft EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG als auch für deren verbundene Unternehmen und Gesellschafter ZEAG Energie AG und ZEAG Neue Energien GmbH sowie insbesondere für die Konzernobergesellschaft EnBW AG relevant, denn die genannten Gesellschaften werden in den Konzernabschluss der EnBW AG einbezogen. Insofern wirken sich Fehler bei der Bilanzierung der Tochtergesellschaften auch auf den Konzernabschluss der Konzernobergesellschaft EnBW AG aus, falls sie nicht berichtigt werden.

Zusätzliche Bedeutung erlangt der nachfolgend geschilderte Sachverhalt insofern, als es sich bei der EnBW AG um eine börsennotierte Kapitalgesellschaft handelt, die sich mit mehr als 80 Prozent im Eigentum der öffentlichen Hand befindet. Danach sind das Land Baden-Württemberg zu knapp 50 Prozent und einige ober-schwäbische Landkreise zu etwas mehr als 30 Prozent an der EnBW AG beteiligt; ungefähr 20 Prozent der Aktien befinden sich im Streubesitz.

Weiter relevant ist, dass am Kapital der EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG die Gemeinde Braunsbach als Kommanditistin ebenfalls beteiligt ist. Unklar ist zur Zeit, ob über die schon seit Längerem geplante und möglicherweise bereits vollzogene Gründung einer Genossenschaft und deren Beteiligung am Kommanditkapital der Windkraft-Betriebsgesellschaft die als Kommanditistin bereits direkt beteiligte Kommune Braunsbach und Bürger über die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen mittelbar an der Windkraft-Betriebsgesellschaft ebenfalls beteiligt sind.

II. Ergebnis und Feststellungen

Der im Bundesanzeiger veröffentlichte Jahresabschluss für das zum 31. Dezember 2017 endende Geschäftsjahr 2017 weist einen Jahresüberschuss (Gewinn) i. H. v. 341.150,59 aus, der nach Verrechnung mit einem Verlustvortrag aus dem Vorjahr den Gesellschafterverrechnungskosten gutgebracht wurde.

Im veröffentlichten Jahresabschluss 2017 sind jedoch gravierende Fehler enthalten, die sich unter Berücksichtigung einschlägiger und zwingend anzuwendender Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) ergeben. Bei Grobdurchsicht und aus dem Blickwinkel eines externen Jahresabschlusslesers beträgt das Volumen der Korrekturen 4.856.673,05 Euro. Bei Durchführung dieser Korrekturen wandelt sich der ursprünglich ermittelte, so wohl auch in den Konzernabschluss der EnBW AG übernommene und im Bundesanzeiger mit insoweit falschen Bilanz- und GuV-Positionen veröffentlichte Jahresüberschuss (Gewinn) i. H. v. 341.150,59 Euro in einen Jahresfehlbetrag (Verlust).

Würden die ergebnisverschlechternden Korrekturen im Jahresabschluss 2017 nicht vorgenommen, käme es zu einem Verstoß gegen den in § 264 Absatz 2 HGB i. V. m. § 264 a Absatz 1 HGB festgelegten Grundsatz, wonach der Jahresabschluss „... unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln“ hat. Darauf aufbauend könnte sich die Nichtigkeit des Jahresabschlusses 2017 gemäß § 256 AktG i. V. m. den §§ 253 HGB ergeben.

Gegen diesen oberen und im § 264 Absatz 2 HGB enthaltenen Bilanzierungsgrundsatz würde verstoßen, da das Vermögen von der Höhe und von der Struktur her falsch dargestellt würde, weil die Sachanlagen zu hoch und die Rückstellungen zu niedrig ausgewiesen würden, falls die Korrekturen unterblieben. Dies würde zu einer unzulässigen Überbewertung führen. Gleichzeitig würde die Ertrags-situation im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 aufgrund der unterbliebenen außerplanmäßigen Abschreibung und der zu niedrigen Rückstellungen viel zu positiv dargestellt, denn in der im Bundesanzeiger veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnung wird ein Jahresüberschuss (Gewinn) i. H. v. 341.150,59 Euro ausgewiesen, der sich jedoch nach den ergebnisverschlechternden Korrekturen i. H. v. 4.856.673,05 Euro in einen Jahresfehlbetrag (Verlust) umwandeln würde.

Außerdem würde das Eigenkapital ohne Vornahme der Korrekturen als zu hoch dargestellt, da der nach Korrekturen sich ergebende Jahresfehlbetrag als Verlust den Gesellschafterkonten zu belasten wäre.

Bliebe es bei dieser falschen Bilanzierung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017, würde der über den im Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschluss mögliche Einblick in die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Betriebsgesellschaft bei außenstehenden Dritten einen völlig falschen Eindruck erzeugen, der sich bspw. für einen potenziellen Investor fatal auswirken könnte, nämlich dann, wenn er aufgrund einer in einem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 viel zu optimistisch dargestellten Vermögens- und Ertragslage einer Windkraft-Betriebsgesellschaft sich dazu entschließt, Kommanditanteile zu kaufen, die er jedoch niemals gekauft hätte, wenn er anstelle des sich nur „auf dem Papier“ errechneten Gewinns das „wahre“ Ergebnis, nämlich einen Jahresfehlbetrag (Verlust) gekannt hätte.

III. Bilanzielle Auswirkungen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 insgesamt

Bei korrekter HGB-Bilanzierung vermindern sich die Sachanlagen wegen Verrechnung einer außerplanmäßigen Abschreibung i. H. v. 4.221.442,80 von 25.350.644,52 Euro auf 21.129.201,72 Euro. Bei einer ebenfalls gebotenen Erhöhung der Rückstellung wegen Rückbaukosten für Anlage Nr. 6 i. H. v. 295.628 Euro und der Bildung einer Rückstellung zur Berücksichtigung der auf die Anlage Nr. 6 entfallenden Finanzierungskosten i. H. v. 464.702,25 Euro ergibt sich aufgrund notwendiger bilanzieller Korrekturen eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. 4.981.773,05 Euro. Da sich durch die Korrekturen der vor den Änderungen ausgewiesene Jahresüberschuss (Gewinn) i. H. v. 341.150,59 Euro in einen Jahresfehlbetrag (Verlust) wandelt, ist die für Gewerbesteuer und latente Steuern gebildete Steuerrückstellung i. H. v. 125.100 Euro zu stornieren, da Ertragssteuern nur bei Gewinnen anfallen. Bei Durchführung dieser Korrekturbuchungen ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. 4.856.673,05 Euro.

IV. Sachverhalt: Stilllegung der Windindustrieanlage Nr. 6 aufgrund von drei Gerichtsurteilen

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat mit seinem Urteil vom 15. Februar 2019 die rechtswidrige und durch das Landratsamt Schwäbisch Hall fälschlicherweise ausgesprochene Genehmigung der Windindustrieanlage Nr. 6 in Braunsbach-Orlach (Hohenlohe) kassiert. Damit wurde die Zurückweisung der im Eilverfahren im Jahr 2017 von den EnBW-Konzerngesellschaften ZEAG Energie AG (regionaler Energieversorger in der Region Heilbronn-Franken mit Sitz in Heilbronn), ZEAG Neue Energien GmbH und der Windkraft-Betriebsgesellschaft EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG, Braunsbach, gegen die Einstellung des Baus gerichteten und schon mit Beschlüssen des Verwaltungsgerichts Stuttgart und des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Mannheim, vom 15. März 2017 und vom 22. Dezember 2017 schon früher abgewiesenen Anträge erneut – und damit gerichtlich zum dritten Mal – bestätigt.

Die Spitzen der baden-württembergischen Naturschutzorganisationen LNV und NABU hatten bereits im April 2016 wegen schweren Verstößen gegen Naturschutzbestimmungen im außergerichtlichen Verfahren Widerspruch gegen die Windindustrieanlage Nr. 6 eingelegt, der jedoch Monate lang unbeantwortet blieb, worauf sich die Naturschutzorganisationen zur Klage veranlasst gesehen haben.

Die Windindustrieanlage Nr. 6 ist Teil einer mit sechs Anlagen von der ZEAG Energie AG und deren Tochtergesellschaften projektierten Windindustrialzone. Bereits während der Projektierungsphase und erst recht schon vor dem beim Landratsamt Schwäbisch Hall ablaufenden Genehmigungsverfahren war bekannt, dass der geplante Standort in der Nähe eines nur 600 m entfernten Brutreviers von vier windkraftsensiblen Greifvogelarten (Rotmilan, Schwarzmilan, Baumfalke und Wespenbussard) lag, das nach Feststellungen der Vogelkundler auch unmittelbar vor Baubeginn im Jahr 2016 belegt war, weshalb es niemals zur Genehmigung und zum Bau der Anlage Nr. 6 hätte kommen dürfen.

Den Nachweis der Brutreviere erbrachten ehrenamtlich tätige Vogelkundler des LNV und NABU aus dem Raum Schwäbisch Hall, die von leitenden Naturschutzfunktionären der baden-württembergischen Verbandsspitzen des LNV, BUND und NABU unterstützt wurden.

Schon im Jahr 2012 wurde ein dort langjährig besetztes Rotmilan-Dichtezentrum durch behördlich veranlasste Erhebungen der LUBW kartiert, wodurch es aktenkundig wurde. Gemäß Pressemitteilung des LNV und des NABU vom 19. Februar 2019 wurden alle noch bei Baubeginn belegten Brutreviere im Lauf der Saison aufgegeben, was einem Totalausfall gleichkommt und von den Naturschützern auf die ab Baubeginn durch die bei Baubetrieb massiv eingetretenen Störungen zurückgeführt wurde. Dies stellt einen Verstoß gegen das in § 44 BNatSchG enthaltene Verschleichungs- und Vergrämungsverbot dar. Der Pressemitteilung zufolge haben die Vogelkundler bereits frühzeitig durch eigene Studien ins Verfahren eingebracht, dass der am Windkraftstandort Nr. 6 geplante Windkraftbetrieb das Tötungsrisiko der dort brütenden Rotmilane signifikant erhöht. Gemäß Presseberichten war dies auch dem Landratsamt Schwäbisch Hall während des dort laufenden Genehmigungsverfahrens bekannt. Insbesondere für die Population des nach § 44 BNatSchG streng geschützten Rotmilan trägt das Land Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung, da ungefähr 17 Prozent der Weltpopulation in Baden-Württemberg brütet.

In der Pressemitteilung von LNV und NABU vom 19. Februar 2019 heißt es unter dem Abschnitt „Rotmilan-Dichtezentren“ weiter: „Als Dichtezentren werden in Baden-Württemberg Gebiete mit hoher Rotmilan-Siedlungsdichte bezeichnet. Das trifft konkret zu, wenn um einen geplanten Windradstandort mindestens vier Brutpaare in einem Umkreis von 3.300 Metern nachgewiesen werden. Sie dienen dem Schutz der Quellpopulationen, von denen aus diese Vögel auch andere Regionen besiedeln können. Für den Gesamtbestand sind sie von fundamentaler Bedeutung, um Verluste außerhalb der Dichtezentren ausgleichen zu können, wo Rotmilane weniger streng geschützt sind. Die Genehmigungsbehörden müssen ein solches Dichtezentrum beachten und dürfen dort keine Anlagen genehmigen, wenn diese den Mindestabstand von einem Kilometer zu einem Brutplatz des Rotmilans unterschreiten und der Vogel den Anlagenstandort regelmäßig zur Nahrungssuche befliegt.“

V. Auswirkung der drei Gerichtsurteile auf die Bilanzierung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 der Windkraft-Betriebsgesellschaft EE Bürgerenergiegesellschaft Braunsbach GmbH & Co. KG – Feststellungen

Die seit der im Jahr 2017 erfolgten Fertigstellung der aus sechs Windindustrieanlagen bestehenden Windindustriezone in Braunsbach-Orlach durch Gerichtsbeschluss dauerhaft stillgelegte und daher keinen Windstrom erzeugende Anlage 6 verursachte einen erheblichen vorzeitig eingetretenen und außerplanmäßigen Wertverlust in Millionenhöhe, der dem Verursachungsprinzip zufolge unter Beachtung einschlägiger, zwingend anzuwendender Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften im Jahresabschluss der Windkraft-Betriebsgesellschaft EE Bürgerenergiegesellschaft Braunsbach GmbH & Co. KG desjenigen Geschäftsjahres zu antizipieren ist, in dem er wirtschaftlich verursacht wurde und entstanden ist.

Wirtschaftlich verursacht und dem Verursachungsprinzip zufolge ist der Verlust spätestens im mit dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2017 endenden Geschäftsjahr der Windkraft-Betriebsgesellschaft EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG entstanden und hätte daher im Jahresabschluss 2017 berücksichtigt werden müssen.

Zwar war es bereits in früheren Geschäftsjahren durch die bei der Unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt Schwäbisch Hall (Genehmigungsbehörde) vorhandene und auch dem Vorhabensträger (ZEAG-Gruppe) zuzurechnende, spätestens durch die am 15. Januar 2015 abgeschlossene Berichterstattung des von ihm zur Erstellung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) beauftragten Gutachterbüros B. aus Hessen erlangte Kenntnis über die Existenz eines „harten“ Genehmigungshindernisses offenkundig, dass aufgrund des schon im Jahr 2012 bei der LUBW kartierten Rotmilan-Dichtezentrums schon in der Planungsphase über der Anlage Nr. 6 quasi ein als „Damoklesschwert“ schwebendes signifikantes, zu einem strengen Bauverbot führendes Tötungsrisiko für die dort nachgewie-

senen und behördlich bekannten seltenen Arten bestand, das aufgrund seiner Eindeutigkeit auch nicht durch in den allermeisten Fällen ohnehin nicht zum Ziel führenden und daher von vielen namhaften Ornithologen bezweifelten Vermeidungsmaßnahmen außer Kraft gesetzt hätte werden können.

Insofern hätte der Sachverhalt auch bereits im Jahresabschluss eines früheren Geschäftsjahres – bspw. im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 oder zum 31. Dezember 2016 – berücksichtigt werden können, zumal allerspätestens durch den im April 2016 durch die Spitzen der BW-Naturschutzorganisationen LNV und NABU eingelegten und fundiert begründeten Widerspruch nach Meinung vieler Sachkundiger es für jeden objektiv urteilenden Betrachter sehr klar war, dass in Kenntnis der Hinderungsgründe durch einen trotzdem erfolgenden Bau der Anlage Nr. 6 ein weit außerhalb des normalen unternehmerischen Risikos liegendes Betriebsverbot und eine Stillstandsverfügung vor Gericht geradezu provoziert werden würde.

Spätestens jedoch mit den auf Betreiben des LNV und NABU im Eilverfahren rechtskräftig gefällten und zur dauerhaften Stillstandsverfügung führenden Beschlüssen des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 15. März 2017 (Az.: 13 K 9193/16) und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 22. Dezember 2017 – beide im Zeitraum des Geschäftsjahres 2017 liegend, daher innerhalb der Ergebnisperiode 2017 dem Vorhabensträger und Bilanzierenden bekannt gemacht und deshalb dem Verursachungsprinzip zufolge dem Geschäftsjahr 2017 zuzurechnen – war klar, dass die durch den gerichtlich erzwungenen Stillstand der Anlage Nr. 6 entstandenen außerordentlichen Verluste bilanziell im mit dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2017 endenden Geschäftsjahr 2017 zwingend zu berücksichtigen waren.

V.1 Auswirkung auf die Bilanzierung bei einzelnen Posten in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung – zu beachtende Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB)

Im Einzelnen hat dieser im Jahresabschluss 2017 zwingend zu berücksichtigende Verlust über Bildung von außerplanmäßigen Abschreibungen beim Anlagevermögen zur Anlage Nr. 6, durch Antizipation der für die Anlage Nr. 6 anfallenden Verlustfinanzierungskosten sowie über die Passivierung einer im Jahresabschluss zu einem außerordentlichen Aufwand führenden Rückstellung für Rückbaukosten der Anlage Nr. 6 zu erfolgen.

Grundlage hierfür sind die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (HGB) vom 10. Mai 1897 (RGBl. I S. 219; zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2018; BGBl. I, S. 1102), insbesondere die §§ 242 ff. HGB sowie der darauf aufbauenden Vorschriften im AktG und GmbHG. Das HGB ist quasi als das „Grundgesetz“ im Wirtschaftsrecht anzusehen.

Gemäß § 246 Absatz 1 HGB (Vollständigkeit) hat der Jahresabschluss „sämtliche ... Schulden ... Aufwendungen ... zu enthalten ...“. Nach § 249 Absatz 1 HGB (Rückstellungen) sind „Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten ... zu bilden.“ Laut § 249 Absatz 2 HGB dürfen „Rückstellungen außerdem für ihrer Eigenart nach genau umschriebene, dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnende Aufwendungen gebildet werden, die am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher, aber hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunkts ihres Eintritts unbestimmt sind.“

Gemäß § 252 Absatz 1 Nr. 3 HGB (Allgemeine Bewertungsgrundsätze) sind „die Vermögensgegenstände und Schulden zum Abschlussstichtag einzeln zu bewerten.“ § 252 Absatz 1 Nr. 4 besagt: „Es ist vorsichtig zu bewerten, namentlich sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, zu berücksichtigen, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlussstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekanntgeworden sind ...“ (Wertaufhellung bzgl. der bereits am Bilanzstichtag bestehenden Tatsachen).

§ 252 Absatz 1 Nr. 5 HGB fordert: „Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres sind unabhängig von den Zeitpunkten der entsprechenden Zahlungen im Jahresabschluss zu berücksichtigen.“ (Periodisierung von Ausgaben und Einnahmen). Nach § 253 Absatz 1 HGB (Wertansätze der Vermögensgegenstände und

Schulden) sind „... Rückstellungen nur in Höhe des Betrags anzusetzen, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist ...“. In § 253 Absatz 2 HGB heißt es: „Ohne Rücksicht darauf, ob ihre Nutzung zeitlich begrenzt ist, können bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen werden, um die Vermögensgegenstände mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist; sie sind vorzunehmen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung.“ Gemäß § 253 Absatz 4 HGB sind „Abschreibungen außerdem im Rahmen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zulässig.“

Tragendes Prinzip dieser HGB-Vorschriften ist das für „ehrbare Kaufleute“ geltende Vorsichtsprinzip, demzufolge ein Kaufmann bei Aufstellung seines Jahresabschlusses und den dabei zugrunde zu legenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften sich im Zweifel eher ärmer als zu reich darstellen soll, um ungerechtfertigte und durch unzulässige Überbewertung bei den Vermögensposten bzw. unzulässige Unterbewertung bei den Schuldposten zwar rechnerisch „auf dem Papier“ entstandene, real jedoch nicht vorhandene Gewinne und daraus folgende, zum Substanzentzug des Unternehmens führende und dem Gläubigerprinzip widersprechende Gewinnausschüttungen zu vermeiden.

In Wikipedia heißt es hierzu: „Das Vorsichtsprinzip übernimmt im deutschen Bilanzrecht eine übergeordnete Stellung ein. Bereits das Allgemeine Deutsche HGB vom Mai 1861 zielte auf einen umfassenden Gläubigerschutz ab, wobei das Vorsichtsprinzip zu den wichtigsten Leitgedanken gehörte. Das heutige Vorsichtsprinzip ergibt sich aus der apodiktischen Formulierung des § 252 Absatz 1 Nr. 4 HGB, wonach vorsichtig zu bewerten ist. „Namentlich sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Bilanzstichtag entstanden sind, zu berücksichtigen, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlussstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind ...“ Die gewählte Formulierung ist zwingend und lässt dem bilanzierenden Unternehmer keine Alternative hinsichtlich der Anwendung von Ansatz- und Bewertungsfragen, wobei sowohl der Ansatz als auch die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden vorsichtig erfolgen muss. Unter der Prämisse, dass das bilanzierende Unternehmen die gesetzlichen Vorschriften beachtet und die gestatteten Beurteilungsspielräume sorgfältig und willkürfrei ausübt, ergibt sich grundsätzlich eine Bilanz, die mit dem Vorsichtsprinzip konform geht. Der dem Vorsichtsprinzip zugrundeliegende Gedanke besagt, dass die Lage eines Unternehmens nicht besser dargestellt wird, als sie in Wirklichkeit ist ...“

Der Jahresabschluss der Windkraft-Betriebsgesellschaft „EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG“ für das zum 31. Dezember 2017 endende Geschäftsjahr ist im Bundesanzeiger unter Gegenüberstellung der Vorjahresposten des zum 31. Dezember 2016 endenden Geschäftsjahrs veröffentlicht. Ein Jahresabschluss über das zum 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr 2016 ist im Bundesanzeiger nicht veröffentlicht. Der im Bundesanzeiger veröffentlichte und dort für jedermann einsehbare Jahresabschluss 2017 umfasst die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang. Er wurde unter dem 28. Februar 2018 aufgestellt und von den Geschäftsführern der Komplementär-GmbH H. E. und B. M. unterschrieben. Die Feststellung bzw. die Billigung des Jahresabschlusses erfolgte am 11. Juli 2018. Im Bundesanzeiger wurde der Jahresabschluss am 17. Dezember 2018 veröffentlicht.

V.2 Bilanzierung des Sachanlagevermögens im Jahresabschluss der Windkraft-Betriebsgesellschaft – zwingende Bildung einer außerplanmäßige Abschreibung für die Verlust-Anlage Nr. 6

Laut Anhang entfallen von der Bilanzsumme i. H. v. 27.099.169,34 Euro allein 24.331.243 Euro auf die sechs bereits im ersten Halbjahr 2017 betriebsbereit fertig gestellten Windindustrieanlagen, die im Bereich Sachanlagen mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen zum fortgeführten Buchwert aktiviert wurden. Gemäß dem im Anhang veröffentlichten Anlagespiegel betrifft der Großteil davon i. H. v. 23.533.336,16 Euro eine nach Fertigstellung der im Vorjahr begonnenen Montage erfolgte Umbuchung der sechs Anlagen von der Bilanzposition Anlagen im Bau, geleistete Anzahlungen in die Bilanzposition Technische Anlagen und Maschinen.

In den im Anhang enthaltenen Erläuterungen zur Bilanz heißt es zu den Sachanlagen bzw. zu den Abschreibungen: „Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen, angesetzt. Fünf Windenergieanlagen wurden 2017 fertig gestellt und in Betrieb genommen. Die Anlagen werden planmäßig ab der Abnahme im Jahr 2017 über die Nutzungsdauer von 20 Jahren linear abgeschrieben.“ Anschließend heißt es unter Anlagevermögen: „... Aufgrund der Aufhebung des Sofortvollzugs durch das Verwaltungsgericht Stuttgart wurde die Windenergieanlage Orlach 6 bis zur Klärung über ein Widerspruchsverfahren stillgelegt.“ Aufgrund der ebenfalls in den Umbuchungen enthaltenen Anlage Nr. 6 geht hervor, dass auch die Anlage Nr. 6 am Bilanzstichtag nicht mehr im Zustand einer „Anlage im Bau“ war, sondern betriebsbereit, d. h. für die Windstromerzeugung nutzungsfähig war.

Daraus folgt, dass sich hinsichtlich der laut Anlagenspiegel für sechs Anlagen insgesamt bis zum 31. Dezember 2017 aufgewendeten Anschaffungskosten i. H. v. 25.328.663,47 Euro eine nach der linearen Abschreibungsmethode ermittelte Jahres-Abschreibung i. H. v. 1.266.433,10 Euro ergibt. Unter der Annahme typen gleicher Anlagen und jeweils gleich hoher Anschaffungskosten betragen die Anschaffungskosten je Anlage 4.221.443,80 Euro; der linear über eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 20 Jahren ermittelte Jahresabschreibungsbetrag beträgt daher je Anlage 211.072,19 Euro.

Aus diesen im Anhang enthaltenen Erläuterungen zu den für die Sachanlagen angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften geht vom Wortlaut her weiter hervor, dass nur „nutzungsbedingte“ – d. h. für am Netz angeschlossene und Windstrom erzeugende Anlagen – und über die lineare Abschreibungsmethode gerechnete Abschreibungen für die fünf im Jahr 2017 ans Netz gegangenen Anlagen in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht wurden. Die zwar nutzungsfähige, jedoch per Gerichtsbeschluss stillgelegte und daher nicht „nutzungsbedingte“ Anlage Nr. 6 wurde nach ihrer Fertigstellung zwar auch in die Bilanzposition Technische Anlagen und Maschinen umgebucht, sie wurde jedoch im zum 31. Dezember 2017 endenden Geschäftsjahr nach dem Wortlaut im Anhang weder planmäßig linear noch über eine außerplanmäßige Abschreibung abgeschrieben, die nach den HGB-Bilanzierungsvorschriften aufgrund des durch die Stilllegung verursachten immensen Wertverlusts zwingend vorzunehmen gewesen wäre.

Die aufgrund der HGB-Bewertungsvorschriften für Anlage Nr. 6 zwingend gebotene, jedoch unterbliebene außerplanmäßige Abschreibung stellt einen groben Verstoß gegen einschlägige Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dar, denn obwohl die via dreifachem Gerichtsbeschluss seit ihrer Fertigstellung im Jahr 2017 stillgelegte und daher keine einzige Kilowattstunde Windstrom erzeugende sowie nicht zum Zufluss von EEG-Einspeisevergütungen führende Anlage 6 nach den vorliegenden Informationen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 wegen Unwirtschaftlichkeit bei vorsichtiger Bewertung höchstens nur noch einen Schrottwert hat, der sich ggfs. nach Verrechnung mit den für die Demontage noch anfallenden Rückbaukosten noch weiter verringert, steht die Anlage 6 zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 noch mit einem viel zu hohen Buchwert von 4.221.443,80 Euro in den Büchern (unzulässige Überbewertung des Sachanlagevermögens).

Selbst dann, wenn die stillgelegte Anlage Nr. 6 im Jahr 2017 planmäßig linear wie die anderen fünf nutzungsfähigen Anlagen mit einer Jahresabschreibung i. H. v. 211.072,19 Euro abgeschrieben worden wäre, wäre der zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 sich danach ergebende Restbuchwert i. H. v. 4.010.371,72 Euro immer noch viel zu hoch und müsste auf Basis einer vorsichtigen Bewertung wegen dauerhafter Unrentabilität über die Verrechnung einer außerplanmäßigen Abschreibung i. H. v. 4.010.370,72 Euro auf den Restbuchwert von einem Euro abgeschrieben werden. Diese Bewertung erfolgt in Anlehnung an § 252 Absatz 1 Nr. 3 HGB (Allgemeine Bewertungsgrundsätze), wonach „die Vermögensgegenstände und Schulden zum Abschlussstichtag einzeln zu bewerten“ sind (Grundsatz der Einzelbewertung).

Möglicherweise hätte sich eine Vollabschreibung auf den Restbuchwert von einem Euro vermeiden lassen, wenn zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 qualifizierte und seriöse Nachweise vorgelegen hätten, wonach die Anlage Nr. 6 abgebaut und im europäischen Ausland auf dem Markt für gebrauchte Anlagen

(früher: bspw. ehemalige Ostblockländer) gegen Zahlung eines voraussichtlich deutlich geringeren Kaufpreises verkauft worden wäre. Die Preise für gebrauchte Windkraftanlagen auf den Märkten im ehemaligen Ostblock oder in der Türkei etc. sind jedoch wegen Nachfragerückgangs und anderer Gründe in den letzten Jahren erheblich eingebrochen; deshalb wäre bei einem Rückbau und Weiterverkauf – wenn überhaupt – nur ein Bruchteil des ursprünglichen Kaufpreises zu erzielen gewesen, wodurch ebenfalls eine außerplanmäßige Abschreibung, jedoch ggfs. mit einem geringeren Betrag, vorzunehmen gewesen wäre.

Daher liegt hinsichtlich der Bewertung der Anlage 6 zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 ein gravierender Verstoß gegen § 252 Absatz 1 Nr. 4 HGB vor, wo gefordert wird, dass beim Anlagevermögen vorsichtig zu bewerten ist und dass alle Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag (hier der 31. Dezember 2017) entstanden sind, berücksichtigt werden müssen.

Zusätzlich fordert § 253 Absatz 2 HGB, dass beim Anlagevermögen außerplanmäßige Abschreibungen zwingend vorgenommen werden müssen, wenn eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorliegt. Diese Voraussetzung liegt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 und auch am Tag der Unterschrift unter die Bilanz (28. Februar 2018) vor, denn aufgrund des nach wie vor bestehenden Betriebsstopps sind selbst bis heute keine wertsteigernden Gesichtspunkte und zu Einspeisevergütungen führende Einnahmen hinsichtlich der Anlage Nr. 6 bekannt, die eine dringend gebotene und zum niedrigeren beizulegenden Wert führende außerplanmäßige Abschreibung hinfällig machen würde. Aufgrund dieses Sachverhalts hätte der zum 31. Dezember 2017 vorläufig ermittelte Buchwert der Anlage 6 i. H. v. 4.221.443,80 Euro bei den Jahresabschlussbuchungen dem Vorsichtsprinzip entsprechend über die Verrechnung einer außerplanmäßigen Abschreibung i. H. v. 4.221.442,80 Euro zwingend auf den Restbuchwert von einem Euro abgeschrieben werden müssen.

Aufgrund dieses viel zu hohen Buchwerts bei den Sachanlagen für Anlage 6 liegt eine unzulässige Überbewertung des Sachanlagevermögens um 4.221.442,80 Euro vor.

V.3 Erhöhung der Rückstellung für Rückbaukosten wegen drohendem vorzeitigem Rückbau der durch Gerichtsbeschluss stillgelegten Verlust-Anlage 6

Unter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden heißt es im Anhang des Jahresabschlusses 2017 zu Rückstellungen: „Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen für den Rückbau der Anlagen werden ratierlich angesammelt. Die langfristigen Rückstellungen werden gemäß § 277 Absatz 5 HGB abgezinst.“ Weiter wird ausgeführt: „... wurde eine Rückstellung ... für Rückbauverpflichtungen mit Fälligkeit > 5 Jahre in Höhe von Euro 26.235,00 (i. Vj. Euro 0,00) gebildet.“

Windkraft-Vorhabensträger müssen sich gegenüber dem Verpächter des Grund und Bodens im Genehmigungsbescheid gegen Abgabe einer Verpflichtungserklärung zur Stellung einer mit Sicherheiten unterlegten selbstschuldnerischen Bürgschaft, Bankbürgschaft oder Stellung anderer Sicherheiten dazu verpflichten, nach Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bzw. nach Auslaufen des Pachtvertrags und Einstellung des Windkraftbetriebs auf eigene Kosten für den Rückbau zu sorgen, der den Abbau des Turms, des Maschinenstands und der Gondel sowie den vollständigen Rückbau des Fundaments und der Zuwegung sowie ggfs. auch die Kosten einer Wiederaufforstung bzw. Renaturierung umfasst. Dem Verursachungsprinzip entsprechend sind die Kosten für eine schon während des Genehmigungsverfahrens bestehende Verpflichtung zum Rückbau über eine im bereits im Jahresabschluss des ersten Geschäftsjahres ab Beginn des Windkraftbetriebs zu bildende Rückstellung zu antizipieren.

Der Zustand des gepachteten Grund und Bodens muss nach Ende der Pacht-dauer in dem Zustand an den Verpächter zurückgegeben werden, wie er vor Pachtbeginn angetroffen wurde. Bei den heute am Markt gängigen Schwachwindanlagen der dritten Generation und je nach Volumen des Fundaments betragen die Rückbaukosten sowie die Recyclingaufwendungen zu heutigen Kostenverhältnissen je Anlage nach einschlägigen Untersuchungen oft durchschnittlich zwischen 200.000 Euro und 400.000 Euro. In Einzelfällen, z. B. bei schwer zugänglichem

Gelände – wie in Baden-Württemberg oft der Fall – oder bei einem großvolumigen Fundament können die Kosten auch deutlich höher sein. Diese Kosten sind – dem Verursachungsprinzip entsprechend, da die eine „ungewisse Verbindlichkeit“ darstellende Verpflichtung im Genehmigungsbescheid enthalten ist – jährlich vom Beginn des Windkraftbetriebs an entsprechend der Baupreissteigerungen bis zum Jahr der Einstellung des Windkraftbetriebs zu indexieren und in der Bilanz über die Bildung einer Rückstellung zu passivieren.

Die sofortige, d. h. im ersten Jahr des Windkraftbetriebs erfolgende Bildung einer Rückstellung in Höhe der Gesamtkosten würde – insbesondere bei mehreren Windindustrieanlagen – oft zu einer Rückstellung für Rückbaukosten in Millionenhöhe führen, wodurch sich in den ersten Jahren des Windkraftbetriebs erhebliche bilanzielle Verluste und eine finanzielle Schieflage ergäben, die jedoch nur bilanziell bestünde, weil die nach Ende der Pachtzeit anfallenden Gesamtkosten des Rückbaus bereits im ersten Jahr des Windkraftbetriebs antizipiert würden, während die Einspeisevergütungen über den Pachtzeitraum von i. d. R. 20 Jahren hinweg jeweils erst im Jahr ihrer Erwirtschaftung bilanziert würden. Um diese bilanzielle Schieflage zu vermeiden, werden diese Rückstellungen im Normalfall nicht in voller Höhe sofort, sondern ratierlich über die Jahre der Laufzeit des Windkraftbetriebs dotiert sowie jährlich erhöht und den jährlich als Erträgen gebuchten Einspeisevergütungen gegenübergestellt.

Im Fall der Anlage 6 ist die Einstellung des Windkraftbetriebs und die wertmindernde Unrentabilität der Anlage faktisch jedoch von Anfang an gegeben, nachdem die Aufnahme des Windkraftbetriebs bereits im Jahr der Fertigstellung der Anlage gerichtlich dauerhaft untersagt wurde. Daher hätte nach Bekanntgabe der beiden im Jahr 2017 im Eilverfahren gefällten Urteile und der sich daraus ergebenden relativ hohen Wahrscheinlichkeit der dauerhaften Stillstandsverfügung eine Rückstellung in Höhe der zum 31. Dezember 2017 für Anlage 6 zu ermittelnden gesamten Rückbaukosten zwingend passiviert werden müssen.

Eine ratierliche und jährlich über die Jahre der Pachtdauer bzw. über die Jahre des Windkraftbetriebs in den Bilanzen bis zum Jahr 2037 hinweg zu dotierende und sukzessiv in der Bilanz jährlich steigende Rückstellung für Rückbaukosten wie bei den anderen fünf Anlagen ist in diesem Fall für Anlage 6 obsolet, weil nach den am Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 bzw. am Tag der Unterzeichnung der Bilanz (28. Februar 2018) und selbst bis zum heutigen Tag mit sehr großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass die Anlage Nr. 6 nicht noch 19 weitere Jahre, d. h. bis zum Ende des Grundstückspachtvertrags ohne Netzanschluss stillgelegt bleiben wird. Vielmehr ist mit sehr großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass nach dreimaligem eindeutigen Gerichtsbeschluss von der Gewerbeaufsicht des Landratsamts Schwäbisch Hall der voraussichtlich in Kürze im Wege des Sofortvollzugs durchzuführende Rückbau der Anlage Nr. 6 angeordnet wird. Dieser Situation hätte bereits bei der Bilanzierung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 den maßgebenden Stichtagsverhältnissen zufolge durch Bildung einer Rückstellung für Rückbaukosten in Höhe der Gesamtkosten Rechnung getragen werden müssen.

Nachdem davon auszugehen ist, dass die laut Anhang i. H. v. 26.235 Euro zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 ratierlich gebildete Rückstellung für alle sechs Anlagen gebildet wurde und der zum 31. Dezember 2017 passivierte Rückstellungsbetrag unter der Annahme jeweils gleich hoher Rückbaukosten für eine Anlage 4.372 Euro beträgt, beläuft sich die ratierlich zu bildende und zum 31. Dezember 2017 beizubehaltende Rückstellung für die fünf am Netz befindlichen Anlagen auf 21.863 Euro. Für die hingegen still gelegte und mit sehr großer Wahrscheinlichkeit in Kürze zurück zu bauende Anlage Nr. 6 hätte eine zu Kostenverhältnissen zum 31. Dezember 2017 zu ermittelnde und deutlich höhere Rückstellung für Rückbaukosten gebildet werden müssen. Diese beträgt nach überschlägiger Schätzung und in Anlehnung an die Rückstellungsermittlung in vergleichbaren Fällen rd. 300.000 Euro. Bei korrekter Bilanzierung ergibt sich hieraus per Saldo im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 eine weitere Ergebnisverschlechterung um 295.628 Euro.

V.4 Antizipation der Finanzierungskosten durch Bildung einer Rückstellung für die Anfang des Jahres 2017 stillgelegte Verlust-Anlage 6

Die für das Sachanlagevermögen angefallenen Anschaffungskosten i. H. v. 25.350.644,52 Euro wurden im Wege der Konzernfinanzierung finanziert. Dies ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss 2017, wo aus den Erläuterungen zur Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen hervorgeht, dass „unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ein gewährtes Darlehen“ ausgewiesen wird und „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 19.076.484,50 Euro“ bestehen (i. Vj. 19.950.000,00 Euro).

Bei dem als Darlehensgeber auftretenden verbundenen Unternehmen handelt es sich um die ZEAG Energie AG, denn unter den im Anhang gegebenen Erläuterungen zu Angaben nach § 6b Absatz 2 EnWG heißt es: „Die im Geschäftsjahr erfassten Zinsen betragen 3.884,50 Euro für ein kurzfristiges Darlehen mit der ZEAG Energie AG. Für ein langfristiges Darlehen mit der ZEAG Energie AG betragen die Zinsaufwendungen 350.000,00 Euro (i. Vj. Euro 0,00).“ Bezogen auf das zum 31. Dezember 2016 ausgewiesene Darlehen der ZEAG Energie AG von 19.950.000 Euro entsprechen die hierfür belasteten Zinsaufwendungen einem Zinssatz von 1,75 Prozent p. a.

Ausgehend von einer zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 ausgewiesenen Verbindlichkeit gegen verbundene Unternehmen i. H. v. 19.076.484,50 Euro und unter der Annahme einer betragsmäßig jeweils gleich hohen, im Jahr 2016 aufgenommenen Finanzierung aller sechs Anlagen i. H. v. 3.325.000 Euro (Aufteilung der Gesamtfinanzierung von 19.950.000 Euro auf sechs Anlagen) sowie unter Berücksichtigung einer im Jahr 2018 gemäß Anhang zu leistenden Tilgung i. H. v. 2.826.484,50 Euro bzw. auf Basis der in den danach bis zum Jahr 2035 jährlich zum Jahresende vorzunehmenden Tilgungen von jeweils 1.000.000 Euro (Schlusstilgung im Jahr 2036: 250.000 Euro) und unter der weiteren Annahme einer zum Jahresende zu errechnenden Verzinsung von 1,75 Prozent p. a. ergibt sich über die Laufzeit des von der ZEAG Energie AG gewährten langfristigen Darlehens hinweg für alle sechs Anlagen insgesamt ein Zinsaufwand i. H. v. 2.788.213,48 Euro. Der ab 1. Januar 2018 bis zum Jahr 2036 insgesamt anfallende Zinsaufwand für eine Anlage (Anlage Nr. 6) beträgt danach 464.702,25 Euro.

Da es sich bei der aufgrund von Gerichtsurteilen stillgelegten und gemäß dem Grundsatz der Einzelbewertung zu bewertenden Anlage Nr. 6 um eine auch nach Presseberichten mit hohem Verlustpotenzial behaftete Windindustrieanlage handelt, sind die erst in nachfolgenden Jahren als Zinsaufwand anfallenden Ausgaben unter Zugrundelegung des Vorsichtsprinzips und einschlägiger darauf aufbauender, im HGB festgelegter Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften zu periodisieren, d. h. bilanziell aus den nachfolgenden Finanzierungszeiträumen vorzuziehen und dem Verursachungsprinzip entsprechend dem Geschäftsjahr zu belasten, in dem sie von der Verursachung her wirtschaftlich entstanden sind.

Das mit dem für die gesamten Finanzierungskosten der Anlage Nr. 6 zu belastende Geschäftsjahr ist das Geschäftsjahr 2017, denn aufgrund des schon im April 2016 begonnenen Widerspruchsverfahrens, des danach begonnenen Klageverfahrens und der im Jahr 2017 gefällten, zur Stilllegung der Anlage Nr. 6 führenden beiden Gerichtsurteile war im Jahr 2017 bzw. im Zeitpunkt Anfang 2018 der Erstellung des Jahresabschlusses 2017 mit sehr großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Stilllegung dauerhaft sein würde. Das deshalb bei Prüfung der Werthaltigkeit des Vermögensgegenstands „Anlage Nr. 6“ zutage tretende Verlustpotenzial gebietet, neben einer außerplanmäßigen Abschreibung und der Passivierung einer Rückstellung für vorzeitig anfallende Rückbaukosten auch die auf die Anlage Nr. 6 insgesamt entfallenden Zinsaufwendungen i. H. v. 464.702,25 Euro über die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 ergebnismindernd vorzunehmende Bildung einer Rückstellung zu erfassen.

V.5 Stornierung der Steuerrückstellung nach Berücksichtigung der ergebnismindernden Korrekturen

Gemäß dem im Bundesanzeiger beim Jahresabschluss 2017 veröffentlichten Anhang „betreffen die Steuerrückstellungen Gewerbesteuer und latente Steuern für temporäre Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in Höhe von 30.000 Euro“, insgesamt 125.100 Euro. Die Steuerrückstellung wurde gebildet, nachdem die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2017 ursprünglich ein Ergebnis vor Steuern i. H. v. 458.700,59 Euro (Gewinn) ausweist.

Unter Berücksichtigung der zur Fehlerbeseitigung gemäß zwingender HGB-Bilanzierungsvorschriften vorzunehmenden Abwertung der Sachanlagen i. H. v. 4.221.442,80 Euro, einer Rückstellungsbildung für den höchstwahrscheinlich in Kürze vollzogenen vorzeitigen Rückbau der Anlage 6 und für die dabei anfallenden Kosten i. H. v. 295.628 Euro sowie für die Antizipation der durch die Finanzierung der Anlage Nr. 6 insgesamt ab 1. Januar 2018 anfallenden Finanzierungskosten i. H. v. 464.702,25 Euro wandelt sich der vor den Korrekturen noch ausgewiesene Jahresüberschuss in einen Jahresfehlbetrag (Verlust). Bei einem Verlust fallen keine Ertragssteuern an, daher ist die im Jahresabschluss 2017 enthaltene Steuerrückstellung i. H. v. 125.100 Euro bei korrekter Bilanzierung ergebniserhöhend zu stornieren.

VI. Ausweis des Eigenkapitals – Erhöhung des Kommanditkapitals im Geschäftsjahr 2017

Im Anhang heißt es hierzu: „Im Berichtsjahr wurde das Kommanditkapital gegen Einlage um Euro 7.500.000 auf Euro 7.600.000 erhöht.“ Ob es sich bei den Kommanditisten um Gesellschaften aus dem Konzernkreis der EnBW AG oder um die Kommune Braunsbach oder um Kommanditanteile zeichnende Bürger handelt, geht aus dem Anhang nicht hervor.

Außerdem ist in der Bilanz unter Eigenkapital/Gezeichnetes Kapitals/Kapitalanteile Komplementär wie schon im Vorjahr eine Null-Position ausgewiesen.

VII. Im Bundesanzeiger veröffentlichter Jahresabschluss der Windkraft-Betriebsgesellschaft zum 31. Dezember 2017 ohne Bestätigungsvermerk eines Abschlussprüfers

Im Anhang heißt es unter Rückstellungen weiter, dass „für erwartete Jahresabschlusskosten eine Rückstellung in Höhe von 3.629 Euro (i. Vj. Euro 3.590,00) gebildet“ wurde. Nach dieser Formulierung ist davon auszugehen, dass es sich hierbei nicht um die internen Kosten der Aufstellung des Jahresabschlusses, sondern vielmehr um die externen Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses handelt, die vom Abschlussprüfer nach Beendigung seiner im Jahr 2018 durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses 2017 via Rechnungsstellung im Jahr 2018 abgerechnet werden. Da der Jahresabschluss der EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG den Angaben im Anhang zufolge in den Konzernabschluss der EnBW AG einbezogen wird, und die Konzern-Obergesellschaft in diesen Fällen üblicherweise vorgibt, dass der in den Konzernabschluss einzubeziehende Jahresabschluss einer Tochtergesellschaft zur Überprüfung der von der Konzern-Obergesellschaft vorgegebenen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften von einem Abschlussprüfer geprüft werden muss, ist auch aus diesem Grund davon auszugehen, dass es sich bei dieser im Anhang erwähnten Rückstellung um die Kosten der Jahresabschluss-Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer handelt.

Die Vorschriften hierzu ergeben sich aus den §§ 316 ff. AktG. § 321 AktG (Prüfungsbericht) i. V. m. § 322 AktG (Bestätigungsvermerk) verlangt, dass der Abschlussprüfer über das Ergebnis seiner Prüfung einen Prüfungsbericht zu erstellen hat; das Prüfungsergebnis ist in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen, der üblicherweise im Jahresabschluss am Schluss des Jahresabschlusses steht. In der Regel wird ein geprüfter und mit einem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers versehener und veröffentlichter Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers veröffentlicht, der in den Augen der Öffentlichkeit und von externen Bilanzlesern als Gütesiegel für die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses gilt.

Hat die Prüfung des Jahresabschlusses jedoch zu Einwendungen geführt, so ist der Bestätigungsvermerk je nach Gewicht der Einwendungen einzuschränken oder gar zu versagen. Die Einschränkung oder Versagung eines Bestätigungsvermerks und dessen Bekanntmachung unter dem im Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschluss führt jedoch in den Augen der Öffentlichkeit zu einer negativen Publizität, weshalb es vorkommt, dass ein nach einer Jahresabschluss-Prüfung über das Ergebnis der Prüfung mit einer Einschränkung versehener oder gar ein versagter Bestätigungsvermerk im veröffentlichten Jahresabschluss unterdrückt wird. Im vorliegenden Fall ist am Schluss des im Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 kein Bestätigungsvermerk aufgeführt.

VIII. Abschließende Bemerkungen

Der Antrag soll klären, weshalb es trotz offenkundiger und schon in der Planungs- und Genehmigungsphase behördlich bekannter, aufgrund zwingend einzuhalten-der Naturschutzbestimmungen und daraus abzuleitendem Bauverbot für die Wind-industrieanlage Nr. 6 in Braunsbach-Orlach vorhandener Hinderungsgründe zu einer Genehmigung durch das Landratsamt Schwäbisch Hall und einer Monate langen Untätigkeit des grün geführten Regierungspräsidiums Stuttgart gekommen ist und ob die Prüfung strafrechtlicher Schritte gegen die Leitenden Angestellten der ZEAG und gegen die Verantwortlichen im Landratsamt und im Regierungs-präsidium Stuttgart eingeleitet wurden oder noch eingeleitet werden sollen, um zu erreichen, dass derartige massive Verstöße gegen zwingend einzuhaltende Natur-schutzbestimmungen künftig ein für alle Mal unterbleiben.

Des Weiteren soll geklärt werden, wie die Landesregierung zu den im Bundesan-zeiger veröffentlichten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 der EE Bürger-energie Braunsbach GmbH & Co. KG offenkundig enthaltenen Verstößen gegen zwingend einzuhaltende Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften steht.

Insbesondere soll geklärt werden, ob der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 nach den Vorschriften des § 256 AktG (Nichtigkeit) nichtig ist, weil ein Verstoß wegen unzulässiger Überbewertung i. S. d. § 256 Absatz 5 AktG vorliegt und welche Folgen ein nichtiger Jahresabschluss nach sich zieht, auch im Hinblick dar-auf, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 der Windkraft-Betriebs-gesellschaft in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 der zu wesentli-chen Teilen im Eigentum der öffentlichen Hand stehenden Konzernobergesell-schaft EnBW AG einbezogen wird. Außerdem soll geklärt werden, wie die im festgestellten und im Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschluss 2017 ent-haltenen Fehler korrigiert werden sollen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 21. Juni 2019 Nr. 4-4516/128 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob die im Jahresabschluss der zum Konzernkreis der mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand stehenden EnBW AG gehörenden Windkraft-Betriebsgesellschaft EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG ersichtliche Überbewertung beim Sachanlagevermögen (zu hoher Buchwert der Anlage Nr. 6) und bei den Rückstellungen (zu geringe Wertansätze) im Zusammenhang zu sehen ist mit den mehrfach in der Wirtschaftspresse und in den Quartalsberichten der EnBW AG in letzter Zeit veröffentlichten Informationen, wonach die Ergebnisse im Segment „Windkraft“ unerwartet und im Vergleich zu den Prognosen deutlich schlechter ausgefallen sind, wodurch man im Wege einer kreativen Jahresabschlusserstellung geneigt gewesen sein könnte, bei den in den Konsolidierungskreis einbezogenen Windkraft-Betriebsgesellschaften positivere Jahresergebnisse auszuweisen, als es den tatsächlichen Verhältnissen entsprochen hätte;*

Laut Ausführungen der EnBW Energie Baden-Württemberg AG im Integrierten Geschäftsbericht 2018 war das Jahresergebnis im Segment Erneuerbare Energie in erheblichem Maße durch schwache Windverhältnisse und Niedrigwasser geprägt. Der Windertrag der Offshore-Windparks sowie der Ergebnisbeitrag der Laufwasserkraftwerke erreichten dadurch nicht den Vorjahreswert. Auch durch den Ergebnisanstieg aus den seit Mitte 2017 neu in Betrieb genommenen Onshore-Windparks konnte diese Entwicklung nicht kompensiert werden. Weitere Informationen liegen der Landesregierung nicht vor.

- 2. weshalb der im Bundesanzeiger veröffentlichte Jahresabschluss 2017 der Windkraft-Betriebsgesellschaft ohne Bestätigungsvermerk eines Abschlussprüfers veröffentlicht wurde, obwohl aus dem veröffentlichten Jahresabschluss hervorgeht, dass eine Rückstellung für Jahresabschlusskosten gebildet wurde und ob eine Prüfung des Jahresabschlusses 2017 durchgeführt wurde sowie warum keine Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2016 im Bundesanzeiger erfolgt ist;*

Für die EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG, die keine große Kapitalgesellschaft ist, besteht nach den einschlägigen Regelungen des HGB keine Pflicht dazu, den Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers im Bundesanzeiger auszuweisen.

3. *warum keine außerplanmäßige, den bis zum Bilanzstichtag eingetretenen Wertverlust darstellende Abschreibung spätestens in dem am Anfang des Jahres 2018 erstellten Jahresabschluss 2017 auf die bei den Sachanlagen bilanzierte und nach Gerichtsurteilen vom 15. März 2017 (Verwaltungsgericht Stuttgart) und vom 22. Dezember 2017 (Verwaltungsgerichtshof [VGH] Baden-Württemberg) seit ihrer Fertigstellung zu Beginn des Jahres 2017 stillgelegte Windindustrieanlage Nr. 6 erfolgte, obwohl allen am Verfahren Beteiligten schon vor dem Genehmigungsverfahren beim Landratsamt Schwäbisch Hall laut Presseberichten bekannt war, dass hinsichtlich der Baupläne zu Anlage Nr. 6 durch die seit dem Jahr 2012 bekannte Existenz eines in der Nähe nachgewiesenen Rotmilan-Dichtezentrums ein hartes Genehmigungshindernis bestand, wonach mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen war, dass bei Windkraft-Betrieb ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für die dort brütende Rotmilan-Population besteht;*

Die vorliegenden Beschlüsse (nicht Urteile) des VG Stuttgart und des VGH Mannheim haben die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Umweltverbände wiederhergestellt. Es handelt sich hierbei um Entscheidungen des vorläufigen Rechtsschutzes und nicht um Urteile im Hauptsacheverfahren. Begründet wurde die Stilllegung im Wesentlichen mit der fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Dieser Verfahrensschritt wird derzeit nachgeholt. Im Übrigen liegen der Landesregierung zur Frage der Abschreibung keine Erkenntnisse vor. Des Weiteren weist die Landesregierung darauf hin, dass ein Rotmilan-Dichtezentrum kein „hartes Genehmigungshindernis“ darstellt.

4. *wer Eigentümer bzw. Verpächter des Grund und Bodens ist, auf dem die sechs Windindustrieanlagen der Windindustriezone Braunsbach-Orlach stehen und wie hoch die seit welchem Zeitpunkt vereinbarten und bezahlten Pachtelöse für den Fall sind, dass der Grund und Boden im kommunalen Eigentum der Gemeinde Braunsbach oder im Landeseigentum steht;*
5. *ob die vereinbarten Pachtzahlungen ab Einrichtung der Windkraft-Baustelle durchgehend – wie normalerweise üblich – oder erst zu einem späteren Zeitpunkt gezahlt werden und ob die Pachtzahlungen auch die Pacht in voller Höhe umfassen, die auf den verpachteten Standort der seit Fertigstellung zu Anfang des Jahres 2017 stillgelegten und Verluste produzierenden Anlage Nr. 6 entfallen;*
6. *wer die Kosten der Zuwegung und weiterer Infrastrukturmaßnahmen getragen hat wie beispielsweise die Befestigung und Verbreiterung bereits vorhandener Wege und Straßen oder deren Neubau, vor dem Hintergrund, dass im veröffentlichten Jahresabschluss 2017 der Windkraft-Betriebsgesellschaft unter der Bilanzposition Anlagevermögen/Sachanlagen nur das bewegliche Anlagevermögen bilanziert wurde, während für das unbewegliche Sachanlagevermögen eine Bilanzposition „Bauten auf fremden Grundstücken“ beispielsweise für Wege und für die anderen gebauten Infrastrukturmaßnahmen fehlt und wer die Kosten des Rückbaus der Infrastrukturmaßnahmen und der Renaturierung vertraglich zu tragen hat;*

Die Fragen 4, 5 und 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Grundstücke befinden sich teilweise in kommunalem, teilweise in privatem Eigentum. Der Landesregierung liegen keine Informationen zu Pachthöhen, Pachtelösen oder Kosten für Infrastrukturmaßnahmen vor, insbesondere da sich keine der am o.g. Standort Braunsbach errichteten Anlagen auf Flächen des Staatswaldes befindet.

7. von welchen Gesamtkosten in welcher Höhe zu heutigen Wertverhältnissen für den gemäß § 35 Absatz 5 Satz 2 Bundesbaugesetzbuch (BBauG) bei stillgelegten Anlagen durchzuführenden Rückbau der sechs Windindustrieanlagen (Turm, Gondel, Rotorblätter, Generator, Maschinenstand, vollständiges Fundament) sowie für den Rückbau der Infrastrukturmaßnahmen laut Genehmigungsbescheid ausgegangen wurde;

Zur Sicherung der Rückbauverpflichtung wurde für alle fünf Anlagen (nicht sechs) eine Sicherheitsleistung in Höhe von insgesamt 935.200 Euro hinterlegt.

8. wie hoch der entsprechend der Beteiligung am Kapital der Windkraft-Betriebsgesellschaft durchgerechnete Kostenanteil in welcher Höhe der Gemeinde Braunsbach (Kommanditistin) und der möglicherweise schon gegründeten Bürgergenossenschaft an den gesamten Rückbaukosten in welcher Höhe ist, aufgeteilt in die Rückbaukosten der sechs Anlagen und in die Rückbaukosten für die Infrastruktur;

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

9. weshalb im veröffentlichten Jahresabschluss 2017 auf der Passivseite der Bilanz unter „A. Eigenkapital/I. Gezeichnetes Kapital 1. Kapitalanteile Komplementär“ sowohl in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 als auch in der Bilanz zum 31. Dezember 2017 jeweils Null-Positionen ausgewiesen sind und auf der Aktivseite der Bilanz weder im Vorjahr noch in diesem Jahr eine Forderung gegenüber dem Komplementär aufgrund einer Einzahlungsverpflichtung für die noch nicht geleistete Einlage ausgewiesen wird;

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

10. wie lange der Zeitraum gemäß gesetzlicher Vorschriften längstens sein darf zwischen einer – wie in diesem Fall – gemäß Gerichtsurteilen bereits am 15. März 2017 gefällten und am 22. Dezember 2017 nochmals gerichtlich bestätigten Stillstandsverfügung und dem Vollzug des gemäß § 35 Absatz 5 Satz 2 BBauG durchzuführenden Rückbaus;

Bei den o. g. Beschlüssen handelt es sich um Entscheidungen des vorläufigen Rechtsschutzes, nicht um Urteile im Hauptsacheverfahren (s. die Stellungnahme zu Ziffer 3). Durch die Beschlüsse wurde kein Rückbau der Anlage angeordnet.

11. ob sie Kenntnisse darüber besitzt, dass der baden-württembergische NABU-Landesvorsitzende J. E. seine in der Stuttgarter Zeitung vom 15. Januar 2018 („Im Brutgebiet gebaut – Nagelneuem Windrad droht der Abriss“) enthaltene Ankündigung wahrgemacht hat, wonach der NABU wegen Untätigkeit klagen wolle („Wenn das Regierungspräsidium nicht innerhalb vier Wochen handelt, werden wir wegen Untätigkeit klagen.“);

Der Landesregierung liegen keine Kenntnisse über eine Untätigkeitsklage des NABU vor.

12. wie sie die hier enthaltenen Feststellungen zur Überbewertung der Sachanlagen und der Passivposten (Rückstellungen) vor dem Hintergrund des § 256 Absatz 5 Aktiengesetz (AktG; Nichtigkeit des Jahresabschlusses) i. V. m. §§ 253 Handelsgesetzbuch (HGB) ff. – auch vor dem Hintergrund der Einbeziehung in den Konzernabschluss der EnBW AG – beurteilt;

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

13. *wer Komplementär und wer Kommanditist der EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG mit welchem prozentualen und Nennwert-Anteilen am Komplementär- und Kommanditkapital ist;*

Detaillierte Informationen über Beteiligungsverhältnisse der EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG sind im öffentlich zugänglichen Handelsregister enthalten und abrufbar.

14. *wie der Stand hinsichtlich einer gemäß Presseberichten nach Aussagen des Bürgermeisters von Braunsbach schon seit längerem geplanten Bürgerenergie-Genossenschaft ist, an der sich Bürger von Braunsbach und Umgebung durch Zeichnung von Genossenschaftsanteilen am Windkraft-Betrieb in Braunsbach-Orlach beteiligen können bzw. bereits beteiligt haben;*

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

15. *ob sie dem immer größer werdenden und wiederholt vorgebrachten Verlangen von Naturschützern vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren bei Genehmigung und Bau der Windindustriezone Braunsbach-Orlach vorgekommenen, durch dreifachen Gerichtsbeschluss bestätigten und vom Vorhabensträger ZEAG Energie AG, dem Landratsamt Schwäbisch Hall und vom Regierungspräsidium Stuttgart zu verantwortenden Bruch zwingend einzuhaltender Naturschutzbestimmungen nunmehr nachkommt, in derartigen Fällen ein zu einem Baustopp führendes Moratorium zu verhängen, wonach in der fraglichen Windindustriezone ab dem Zeitpunkt des festgestellten Verstoßes von Naturschutzbestimmungen mindestens fünf Jahre lang keine Windkraftbauten genehmigt werden, um sicherzustellen, dass die für den Bruch von Naturschutzgesetzen verantwortlichen Windkraft-Vorhabensträger nicht auch noch von den Gesetzesbrüchen profitieren.*

Aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) ergibt sich keine Sperrwirkung derart, dass – sollte gegen anderweitige gesetzliche Bestimmungen verstoßen worden sein – für weitere Genehmigungsverfahren in dem betreffenden Gebiet eine zeitliche Ausschlussfrist besteht. Der Anspruch auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung richtet sich nach § 6 BImSchG und ist ein sog. gebundener Anspruch, d. h. wenn die Anspruchsvoraussetzungen – mithin die Einhaltung der Voraussetzungen, die sich aus dem BImSchG mit den dazugehörigen Verordnungen sowie anderer öffentlich-rechtlicher Normen ergeben – vorliegen, hat der Antragsteller einen Anspruch auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft